

REPUBLIK KOREA

Norbert Eschborn | Michelle Kunz

DAS ENDE VON „GREEN GROWTH“?

Als Folge der Amtsübernahme der im Dezember 2012 gewählten Staatschefin Park Geun-hye haben sich wichtige Veränderungen im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik der Republik Korea ergeben. Teile der Presse bezeichneten diesen Wandel als „Politikwechsel“ unter Begrabung der bisherigen „Green Growth“-Politik.

Der vormalige Präsident Lee Myung-bak (2008 bis 2013) hatte diese „Grüne Wachstumspolitik“ als eines der Signaturprojekte seiner Amtszeit initiiert. Dabei war es sein erklärter politischer Wille gewesen, Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung harmonisch miteinander zu verbinden. Klar war aber auch, dass diese neue Politik mindestens ebenso sehr als Motor für Wachstum und Beschäftigung dienen sollte, wie dies die „alte“ Wirtschaft mit ihren traditionellen Branchen schon seit einiger Zeit nicht mehr zu leisten vermocht hatte. Lee versprach sich von seiner Strategie auch einen Technologiesprung des Landes bei den für den Klima- und Umweltschutz wichtigen Zukunftstechnologien. Unabhängig davon hatte Südkorea aber sein seit Längerem erklärtes Ziel, weltweit führender Exporteur von Nukleartechnologie zu werden, nicht aufgegeben; und auch „Green Growth“ kategorisierte Kernenergie als Grüne Energie.

Die seit Februar 2013 neue Regierung der Republik Korea hat – obwohl ebenfalls von der konservativen Saenuri-Partei und ihrer ehemaligen Vorsitzenden, der heutigen Präsidentin Park Geun-hye, geführt – die umweltpolitische Akzentsetzung der Vorgängerregierung nicht fortgeführt. Der in diesem Kontext eingeführte Zusatz „Green“ bei vier obersten Regierungsbehörden mit umwelt- und energierelevanten Zuständigkeiten wurde wieder aus den Behördennamen gestrichen. Dies galt zwar in erster Linie als politisches Signal der Abgrenzung Parks von ihrem ungeliebten Vorgänger. Gleichwohl kam darin auch ein gewisses Desinteresse der neuen Administration an umweltpolitischen Fragen zum Ausdruck.

Für ihre eigene umweltpolitische Agenda erntete die neue Regierung schon zu Beginn Kritik, da diese als vage und nicht besonders weitgehend empfunden wurde. Umweltexperten und -aktivisten waren enttäuscht, da man sich schlüssige Konzepte und Aktionspläne erhofft hatte.

Südkorea hatte bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen 2007 verkündet, seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent zu senken. Zu diesem Zweck hatte die Regierung Lee ein „Target Management Scheme“ eingeführt, welches rund 500 Firmen und Institutionen dazu verpflichtete, Emissionsreduktionsziele zu definieren und ihnen Strafen androhte, falls diese Ziele nicht erreicht würden. Dies war der Vorlauf für ein Emissionshandelssystem, das 2015 eingeführt werden sollte. Jedoch schossen die Treibhausgasemissionen Südkoreas 2010 gegenüber dem Vorjahr um fast zehn Prozent in die Höhe, was der größte jährliche Anstieg seit 1993 war und von Regierungsseite sowohl mit extremen Warm- und Kaltwetterlagen sowie mit einer erhöhten Fahrzeug- und Stahlproduktion begründet wurde. Präsidentin Park beauftragte daraufhin ihren Umweltminister, das Emissionsziel im Hinblick auf seine Erreichbarkeit kritisch zu überprüfen.

„Green Growth“ galt als eines der wichtigsten Vermächtnisse der Lee Myung-bak-Administration. Für den konstant unpopulären Präsident war dies einer der ganz wenigen Politikbereiche, in dem er breite Anerkennung sammeln konnte.

Jedoch wird „Green Growth“ im Rückblick immer öfter als rein politisch motiviert und wenig substanzvoll kritisiert. Zwar gab die Lee-Regierung umfangreiche Subventionsmittel für Pilotprogramme im Bereich erneuerbarer Energien aus, die es aber nicht auf ein kommerziell verwertbares Niveau brachten, wo Märkte hätten geschaffen werden können. Dies dient nun der neuen Regierung dazu, durch behördlich-institutionellen Rückbau den Rest des Lee-Vermächtnisses zu verschleiern.

Die Fachöffentlichkeit drängte die neue Administration allerdings dazu, die ursprüngliche Absicht von „Green Growth“ aufzugreifen, Defizite zu kompensieren und die Initiative in verbesserter Form weiterzuführen. Das gilt auch für die öffentliche Meinung, die darin weit überwiegend etwas Gutes und Nützliches sieht. Der Thinktank Korea Environment Institute empfahl der Regierung Park, sich in der Umwelt- und Klimapolitik auf wenige, aber relevante Ziele zu fokussieren wie die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel, anstatt den gesamten Umweltsektor verändern zu wollen.

ENERGIESICHERHEIT ALS ZENTRALES THEMA

Energiesicherheit ist für eine aufstrebende Wirtschaftsmacht mit enormer Exportabhängigkeit wie Südkorea eine der wesentlichsten Voraussetzungen nicht nur für die Nachhaltigkeit des Entwicklungserfolges, sondern auch für die Vermeidung politisch-militärischer Verwundbarkeit in Krisenfällen. Der Energiemix des Landes ist stark geprägt von fossilen Brennstoffen und Nuklearenergie. Erstere müssen durchgängig über die einschlägigen krisenanfälligen Routen eingeführt werden; letztere steht auch für den Anspruch des Landes, eine weltweit führende Technologiemacht sein zu wollen, wenngleich Kernenergie seit Fukushima an öffentlichem Vertrauen eingebüßt hat. Lediglich die südkoreanischen Industriekonglomerate befürworten unverändert ihren massiven Ausbau, verbinden damit aber vornehmlich eigene Interessen und übergehen die erheblichen Sicherheitsbedenken, die aufgrund aktueller Prüfungen und Vorfälle im Jahr 2013 in Bezug auf die südkoreanischen Reaktoren entstanden sind.

Im Bereich der Kernenergie, die ein konstitutiver Bestandteil der nationalen Energiesicherheitsplanung ist, empfiehlt der Energieplan der neuen Regierung eine Reduzierung des Nuklearanteils am nationalen Energiemix auf 22 Prozent im Jahr 2025; ursprünglich geplant waren 41 Prozent. Da der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung derzeit rund 26 Prozent beträgt, könnte dies mittelfristig eine dramatische Änderung der Rahmenbedingungen für den Bau neuer Kernkraftwerke bedeuten. Damit einher gehen Empfehlungen des Komitees für den nationalen Energiemasterplan, wonach der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Energieherkunft auf elf Prozent und der Anteil für die Entwicklung neuer Energieressourcen auf 40 Prozent steigen sollen.

Im Rahmen internationaler Konferenzen in Seoul wurde in jüngster Zeit die Versorgung der koreanischen Halbinsel mit Pipeline-Gas im Rahmen multilateraler Energiekooperationen diskutiert. Anlass war ein im September 2013 unterzeichnetes Abkommen zwischen dem russischen Energiekonzern Gazprom und der China National Petroleum Corporation, welches wichtige Rahmenbedingungen eines künftigen sino-russischen Gaslieferungsvertrages festlegt. Ausgehend von der Annahme, dass eine sino-russische Gaskooperation massive energie- und sicherheitspolitische Implikationen für die gesamte Region hätte, sahen Fachleute mehrere mögliche Gaslieferoptionen für Korea, die allerdings unter sicherheitspolitischen und Rentabilitätsaspekten kritisch zu prüfen wären. Dennoch findet hierzulande der Gedanke, dass eine so genannte Energiediplomatie einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Beziehungen

in Nordostasien leisten könnte, durchaus Zuspruch. Trotz oder gerade wegen der steigenden Spannungen über territoriale Ansprüche ist es von großer Wichtigkeit, dass die nordostasiatischen Länder auf anderen Ebenen kooperieren. Die Region Nordostasien steht für die weltweit größte Nachfrage nach Energie und sollte sich daher im Bereich der Energiekooperation engagieren, um die Energiesicherheit für die gesamte Region zu gewährleisten.

DIE WAHRNEHMUNG DER DEUTSCHEN ENERGIEWENDE

Im Kontext der einheimischen Debatte um Koreas Energiezukunft wird auch auf Deutschland und seine Energiewende Bezug genommen. Sie ist allerdings in ihrer Konsequenz und wegen ihrer Risiken in Südkorea umstritten. Auch ist es mitunter problematisch, deutsche Erfahrungswerte in Korea zu vermitteln, da die koreanische Regierung Bedenken bezüglich der zu erwartenden hohen Kosten und politischen Risiken einer potenziellen koreanischen Energiewende geäußert hat. Eine koreanische Energiewende würde nach Meinung einheimischer Experten nur gelingen, wenn eine Balance zwischen politisch motivierten Entscheidungen und Energiepreisstabilität gefunden werden kann. Südkorea sei mit einem Anteil an erneuerbaren Energien von zwei bis drei Prozent im Energiemix im internationalen Vergleich zurückgefallen, Korea als G20-Mitglied bleibe hinter den internationalen Erwartungen zurück und müsse weitreichende internationale Verpflichtungen eingehen, um seiner Rolle in der internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden.

DIE ROLLE DES LANDES IN DER INTERNATIONALEN KLIMAPOLITIK

Seit Präsident Lee Myung-bak hat sich Südkorea international um ein schärferes umweltpolitisches Profil bemüht, was mit dem Zuschlag für den Standort Songdo nahe Seoul als Sitz des Sekretariats des „Green Climate Fund“ der Vereinten Nationen im Herbst 2012 auch zu gelingen schien. Der Sieg beim VN-Wettbewerb war von der Regierung Lee noch in den Medien bejubelt und das Sekretariat zur „zweiten Weltbank“ hochstilisiert worden. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Diese Haltung spiegelte sich ebenfalls in der mit relativ wenig öffentlichem Aufsehen vollzogenen Eröffnung des Sekretariats im Oktober 2013 wider. Als großes Medienereignis erwartet, verschwand sie im Mittelteil der Zeitungen.

Grün ist noch immer keine Farbe, die im politischen Spektrum der Republik Korea oder im politischen Bewusstsein der Bevölkerung eine hervorgehobene Rolle spielt.